

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Zeitungspreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg. Bei telegr. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei Abnahme von 1000 Zeilen, 10% beträgt. Erfüllungsort: Nagold. Erscheint wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatl. 1.50 M., die Einzelnummer kostet 18 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Uteferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr. Vdr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Nummer 147

Altensteig, Mittwoch den 26. Juni 1929

52. Jahrgang

Stresemanns Rechenschaft

Der große Tag der außenpolitischen Debatte im Reichstag ist vorbei. Zum erstenmal seit vielen Monaten ist der Reichsaussenminister Dr. Stresemann vor dem Parlament des Deutschen Reiches erschienen, um Rechenschaft über seine Außenpolitik zu geben. Die außenpolitischen Fragen stehen ja in diesem Augenblick im Zentrum des allgemeinen Interesses. Vielleicht wird sich dies bald ändern, vielleicht werden schon recht bald die innerpolitischen Probleme die Oberhand gewinnen — der heutige Tag gehörte der Außenpolitik. Hier steht wichtiges zur Entscheidung. Es ist daher durchaus begreiflich, daß die Rede Stresemanns mit größter Spannung erwartet wurde.

Das Charakteristische der Rede Dr. Stresemanns war, daß aus ihr recht wenig über die jetzt schwebenden Probleme entnommen werden konnte. Der Reichsaussenminister sah sich außerstande, ausführlich Fragen zu berühren, die Gegenstand kommender Verhandlungen sein werden. Mit umso größerem Nachdruck ging er der Vergangenheit nach, indem er sich mit den Ansichten der Opposition über die Reparationspolitik der Reichsregierung auseinandersetzte. Noch wichtiger sind aber die Aussprüche in die Zukunft, die der Reichsaussenminister machte. Da ist vor allen Dingen die scharfe Ablehnung der „Verjüngungskommission“ zu erwähnen, derjenigen „Verjüngungskommission“, die nach Ansichten der französischen Regierung zur ständigen Kontrolle des Rheinlandes nach dem Abzug der Truppen der Entente eingesetzt werden soll. Die Ausführungen Dr. Stresemanns in diesem Punkt ließen keinen Zweifel darüber, daß die Reichsregierung auf die ständige Kontrolle des Rheinlandes nicht eingehen wird. „Wir sind gewillt“, jagte Dr. Stresemann, „an dieser Frage die ganzen Verhandlungen scheitern zu lassen, wenn man versucht, noch einmal eine ständige Kommission im Rheinland einzusetzen.“ Man wird sich diesen Satz des Reichsaussenministers merken müssen, denn es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß um die Frage der ständigen Rheinlandkontrolle auf der kommenden großen politischen Konferenz ein Kampf entbrennen wird, der den Ausgang der Konferenz aufs Spiel setzen könnte.

Ueber die kommende Konferenz selbst hat Stresemann insofern wenig gesagt, als er keine Erklärungen über seine Verhandlungen in Madrid und Paris gegeben hat. Man weiß jedoch aus den wenigen Worten Dr. Stresemanns, sowie aus den in den Regierungskreisen vertretenen Meinungen recht genau, daß abgesehen von der Frage der ständigen Rheinlandkontrolle, folgendes Problem zur Entscheidung kommen wird: Zuerst Ratifizierung des Youngplans oder erst Rheinlandräumung. Frankreich hat sich auf die erste These festgelegt. Deutschland demgegenüber vertritt die zweite Auffassung. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß hier ein Kompromiß zustande kommt, das die Behandlung einer dieser Fragen durch gleichzeitige verbindliche Erklärungen über die zweite Frage ermöglichen wird und die Franzosen jetzt mehr denn je völlig im Klaren darüber sind, daß Deutschland keine Einwilligung zur Einsetzung einer ständigen Kontrollkommission geben wird, können irgendwelche Mißverständnisse kaum noch entstehen. So wird die erste große Folgerung aus der Rede Dr. Stresemanns sein, daß die Verhandlungen mit offenen Karten spielen werden und daß für hinterlistige Manöver kein Platz übrig bleiben wird. Allgemeine Anerkennung wird wohl der Schlussatz der Rede Dr. Stresemanns finden. Der Reichsaussenminister ging dort auf die Frage der Rückkehr der Unterzeichnung des Versailler Vertrags Ratifizierung ein, die am 28. Juni anlässlich der zehnten Wiederkehr der Unterzeichnung des Versailler Vertrags Ratifizierung werden und bei denen gegen die Alleinschuld Deutschlands am Kriege in einer nicht mißzuverstehenden Weise Stellung genommen wird. Dr. Stresemann sagte darüber wörtlich folgendes: „Ich möchte betonen, daß hinter der Kundgebung des 28. Juni der Reichspräsident und das ganze Kabinett stehen. Niemand wird irgend jemand in Deutschland annehmen, daß auf Deutschland die Schuld der alleinigen Herbeiführung dieses Krieges gewälzt wird.“ Es ist erfreulich, daß die Reichsregierung sich an die Spitze des Kampfes gegen die Kriegsschuldfrage stellt. Auf diese Weise wird besonders eindrucksvoll die Einigkeit betont, die darüber im ganzen deutschen Volke ohne Unterschied der Partei herrscht.

Dr. Stresemann wird in der Zeit, die zwischen dieser und der künftigen außenpolitischen Aussprache vergehen wird, vor äußerst schwierigen Entschlüssen stehen. Es ist anzunehmen, daß bei der nächsten außenpolitischen Debatte eine völlige Klarheit über alle die schicksalsschweren Fragen herrschen wird, die jetzt noch in der Schwebe sind.

Pariser Echo zur Stresemannrede

Paris, 25. Juni. In Besprechung der Erklärungen des Reichsaussenministers Dr. Stresemann im Reichstag findet die Morgenpresse sich mit der Notwendigkeit der Räumung des Rheinlandes als einer Tatsache ab, sie erhebt jedoch Einwendungen in der Frage der Kontrollmaßnahmen.

So bezeichnet der „Petit Parisien“ den Ton der Rede Stresemanns, namentlich was die Frage der Rheinlandräumung betrifft, als sehr gemüht. Stresemann ist jedoch, so fährt das Blatt fort, in der Zurückweisung jedes Gedankens einer ständigen Ueberwachung außerordentlich kategorisch gewesen. Gegenüber dieser Erklärung wird von anderer Seite sicher auf den dritten Punkt der Genfer Resolution vom 16. September 1928, die im Einvernehmen mit Reichsminister Müller angenommen wurde, hingewiesen werden.

Das „Devoir“ erklärt: Die Feststellungs- und Ausgleichskommission für die entmilitarisierte Zone hat vielleicht an sich keinen großen Wert. Vielleicht könnte man in den Veraleichskommissionen, wie sie die Abkommen von Locarno vorsehen und in den Inspektionskommissionen des Völkerbundes denen Deutschland unterworfen bleibt, eine Ergänzung finden. Aber das ist eine Anregung, die noch erörtert werden muß.

Das Organ des Vorstehenden der Radikalen Partei, Daladier, „La République“, bemerkt, die sofortige Räumung des Rheinlandes von allen Besatzungstruppen wird im allgemeinen von England gewünscht. Auch die vorzeitige Liquidierung der Saarfrage, die die Engländer nicht in gleicher Weise interessiert wie uns, wird von diesen und zwar zu den im Versailler Vertrag vorgegebenen Bedingungen angetrieben werden. Bleibt also die Frage der Sicherung in der entmilitarisierten Zone durch eine vom Völkerbund zu ernennende Vergleichskommission. Es wäre möglich, daß die französische Ansicht in diesen beiden Punkten von der Deutschen, was ja begreiflich ist, und auch von der englischen Regierung abweist. Aber welche Meinungsverschiedenheiten bestehen mögen, sie müssen, wenn die Konferenz, deren Sitz noch ungewiss und unstritten ist, anhebt, zu einer weitgehenden Uebereinstimmung gebracht werden. Die öffentliche Meinung der Welt und die öffentliche Meinung in Frankreich fordern das gebieterisch.

Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ schreibt: Selbst, wenn man annimmt, daß Dr. Stresemann den Fragenkomplex, den er zum Gegenstand seiner Ausführungen macht, einseitig und summarisch behandelt hat, bleibt unbestritten, daß die endgültige und vollständige Regelung der Reparationen und die Räumung des Rheinlandes das zwei unannehmbar untrennbare Dinge sind. Die unvermeidliche Annahme des Youngplans schließt die vorzeitige Räumung ein nicht nur, weil diese beiden Angelegenheiten in Genf im September miteinander verbunden wurden, was die Frage der bona fides aufwirft und auch nicht nur weil die finanziellen Bestimmungen, die die Sachverständigen getroffen haben, diese Räumung erfordern, sondern auch und vor allem deswegen, weil eine Verlängerung der französischen Macht am Rhein unumgänglich geworden ist.

Im „Echo de Paris“ heißt es: Deutschland bleibt dabei, daß es alle Zwangsmaßnahmen aus dem Versailler Vertrag zu befeitigen wünscht. Ob man will oder nicht, das französische Ministerium wird früher oder später gezwungen sein, gegen die Tendenz von Locarno anzugehen und Frankreich um der Verantwortung der Welt willen einen Teil der Verantwortung am Kriege aufzuheben. Der Augenblick ist gekommen, den Vätern von London und Berlin zu beweisen, daß Europa nicht ihren Bestrebungen ausgeliefert sein wird. Zunächst einmal steht das Protokoll vom 16. September 1928 eine Verbindung zwischen der Rheinlandkommission und der Räumung der, d. h. ohne ständige Kontrolle keine Räumung.

Anderer Auffassung ist der „Finanz“, der erklärt, man könne aus den Worten Dr. Stresemanns über die 10 Jahre schließen, daß man in Deutschland nicht von einer definitiven Liquidierung spreche. Was die ständige Kontrolle in den Rheinländern anlangt, so kann man, so meint das Blatt weiter, aus Stresemanns Worten entnehmen, daß er vielleicht provisorisch einen ständigen Ausschuss, den man in der Sprache der neuen Diplomatie einen Ausgleichsausschuss nennt, annehmen werde. Es ist wahrscheinlich, daß Stresemann dieser Auffassung keine besondere Bedeutung beimessen wird, aber es ist sicher, daß derselbe Stresemann entschlossen ist, in der Folge keine interaktive Ueberwachung im Rheinland zu dulden. Es ist die erste Anwendung der deutschen These: Man muß dem Reich seine Souveränität wiedergeben.

Die Generalsynode zum Konkordat

Berlin, 25. Juni. Der hier zusammengetretenen außerordentlichen Generalsynode wurde vom Verfassungsausschuss nach mehrtägigen Beratungen eine einstimmig gefasste Entschließung vorgelegt, in der es u. a. heißt: Die Generalsynode der evangelischen Kirche der altpreußischen Union spricht ihr Bedauern darüber aus, daß im Staate Preußen mit einer zu zwei Dritteln evangelischen Bevölkerung einer der beiden großen christlichen Kirchen durch ständlichen Beitrag eine gesicherte Rechtsstellung und weitgehende Möglichkeiten zum Ausbau ihrer Organisation gegeben werden sollen, während der evangelischen Kirche eine entsprechende Sicherung verweigert bleibt. Die vor kurzem an die Staatsregierung gerichtete erste Vorstellung der familiären evangelischen Kirchen Preußens, die die Wiederaufnahme der Verhandlungen forderten, ist befreundlicher Weise ohne Antwort geblieben. Gegen dieses Vorgehen, das die Generalsynode als eine Verletzung der Parität empfindet, erhebt sie vor dem ganzen preußischen Volk nachdrücklich Einspruch. Es ist den evangelischen Kirchen die volle, der Reichsverfassung entsprechende Freiheit insofern verweigert worden, als ihnen Bindungen auferlegt wurden, von denen die katholische Kirche freigeblieben ist und dauernd freibleiben soll. Diese Bindungen haben sich in der praktischen Handhabung in einer Weise ausgewirkt, die die evangelischen Kirchen — bei dankbarer Anerkennung mancher finanziellen Förderung durch den Staat — als Hemmung ihrer innerkirchlichen Arbeit empfinden müssen. In dieser Lage spricht die Generalsynode die Erwartung aus, daß die gesetzgebenden Körperschaften des preußischen Staates, insofern sie die schwere Verantwortung für die Zustimmung zu dem Vertrag mit der katholischen Kirche auf sich nehmen wollen, ihn nicht genehmigen werden, ohne gleichzeitig einen die evangelischen Kirchen befriedigenden Vertrag abzuschließen. Die Generalsynode hat sich über die Richtlinien für den Inhalt eines solchen Vertrags mit der Kirchenleitung verständigt. Sie beauftragt den Kirchenrat, bei der Staatsregierung die Wiederaufnahme der abgebrochenen Verhandlungen unverzüglich zu beantragen und ermächtigt ihn, auf Grund der Richtlinien einen Vertrag abzuschließen.

Neues vom Tage

Die Rheinlandkommission verbietet Kundgebungen
Koblenz, 25. Juni. Die Rheinlandkommission hat alle Kundgebungen anlässlich der 10jährigen Wiederkehr des Tages der Unterzeichnung des Versailler Vertrages verboten.

Bereinsachte Besteuerung der Landwirtschaft
Berlin, 25. Juni. Heute trat im Reichsfinanzministerium unter Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Hilferding die Kommission zur Prüfung der Frage einer vereinsachten Besteuerung der Landwirtschaft zusammen. Der Reichsfinanzminister wies einleitend auf die hierzu im Reichstag gestellten Anträge und auf die Zusammenhänge mit dem Entwurf des Steuervereinfachungsgesetzes hin. Die Hauptfrage sei, ob die Einkommensteuer, Vermögensteuer und Grundsteuer für die Landwirtschaft in einer einheitlichen Steuer zusammengefaßt werden könnte. Die Kommission einigte sich über den Gang der Arbeiten und beauftragte mehrere Mitglieder mit Referaten, die in den nächsten Sitzungen erstattet werden sollten.

Zolldebatte im handelspolitischen Ausschuss
Berlin, 25. Juni. Der handelspolitische Ausschuss des Reichstags trat am Montag abend 8 Uhr, nachdem der Sachverständigenausschuss keine Beratungen über das Getreidemonopol weitergeführt hatte, und auch eine Kabinettsitzung sich noch mit diesen Dingen sowie mit landwirtschaftlichen Zollfragen beschäftigt hatte, zusammen, um sich mit den Anträgen auf Erhöhung der Getreide-, Futtermittel-, Butter- und Kartoffelzölle zu beschäftigen. Reichsernährungsminister Dr. Dietrich erklärte, daß die Reichsregierung ein Produktionsförderungs- und Betriebsumstellungsprogramm auf fünf Jahre aufgestellt habe, um hauptsächlich eine Umstellung der Milch-, Käse- und Butterwirtschaft stattfinden zu lassen. Für diese Uebergangszeit müsse erhöhter Zollsatz gewährt werden und zwar ein Erziehungszoll, der allmählich wieder abzubauen sei. Nach kurzer Debatte beantragten sämtliche bürgerlichen Parteien gemäß der Anregung des Ministers, den Butterzoll auf 31. Dezember 1933 nicht unter 50 RM., bis 31. Dezember 1935 nicht unter 40 RM., und ab 1. Januar 1936 nicht unter 30 RM. je Doppelzentner festzusetzen. Es fand mit 13 gegen 11 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten ein Antrag Annahme, den Zoll für frische Kartoffeln für die Zeit vom 15. Februar bis 31. August auf 4, und vom 1. September bis 14. Februar auf 2 RM. je Doppelzentner festzusetzen.

Nach im Sommer

Ist das Lesen einer Zeitung für den Landwirt eine unbedingte Notwendigkeit. In übersichtlicher, kurzer Fassung unterrichten wir die Leser über alles Wissenswerte. Bestellen Sie deshalb unsere Zeitung für den Monat Juli.

Der Tagungsort der politischen Konferenz

Berlin, 25. Juni. Die „B.Z. am Mittag“ meldet auf Grund einer Londoner Information, daß die englische Regierung in Berlin und in Paris habe mitteilen lassen, sie lege entscheidendes Gewicht darauf, die große politische Konferenz über die Liquidation des Krieges auf der Grundlage des Pariser Sauberkeitsplanes nach London einzuberufen. Das Blatt nimmt an, daß die Konferenz im Juli zusammentreten kann.

Um den Ort der Konferenz der Regierungen

Paris, 25. Juni. Wie der „Matin“ berichtet, ist damit zu rechnen, daß die Vorbereitungen zur Regierungskonferenz mehr Zeit in Anspruch nehmen werden, als man vielleicht glaubt. Auch die Wahl des Ortes der Konferenz macht Schwierigkeiten. Das Blatt plädiert selbst für die Wahl einer Stadt in der Schweiz nach dem Beispiel von Locarno und fährt fort: Wenn man die Schweiz nicht wählen will, so sollte man an die Niederlande denken. MacDonald will zwar, daß die Konferenz in London stattfindet, es ist aber wahrscheinlich, daß die Mehrheit der interessierten Mächte versuchen wird, ihn von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß die Verhandlungen in einer Atmosphäre abgehalten werden, die nicht die Gefahr politischer Ansteckung im Gefolge hat.

Eröffnung des englischen Parlaments

London, 25. Juni. Beide Häuser des Parlaments sind Dienstag nachmittag 14.45 Uhr zum ersten Male seit den Wahlen zusammgetreten. Die Arbeiterpartei nimmt die für die Regierungspartei bestimmte Hälfte des Saales vollständig ein. Die Konservativen haben zwei Drittel der Plätze auf der Oppositionsseite besetzt während die Liberalen die zwei ersten Bankreihen unterhalb des Überganges einnehmen. Den Parteiführern MacDonald, Baldwin und Lloyd George wurden feierliche Ovationen bereitet.

Dr. Büniger sächsischer Ministerpräsident

Dresden, 25. Juni. Der sächsische Landtag, der den dritten Wahlgang für den Posten des Ministerpräsidenten vornahm, sah alle 96 Abgeordneten versammelt. Bei der Wahl wurden 96 Stimmzettel abgegeben. Davon entfielen auf den volksparteilichen Abgeordneten und Volksbildungsminister Dr. Büniger 44 Stimmen, den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Fleißner 33, den demokratischen Innenminister Professor Apelt 5, Ministerpräsidenten Heldt 2 Stimmen. Präsident Weidel ließ darüber abstimmen, ob Dr. Büniger die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht habe oder nicht. 49 Stimmen erklärten sich dafür, 47 dagegen. Damit ist Dr. Büniger zum Ministerpräsidenten gewählt. Im Anschluß an die Wahl fand sofort die Vereidigung des neuen Ministerpräsidenten statt.

Rückreise des Reichspräsidenten nach Berlin

Kölnberg (Westpreußen), 25. Juni. Reichspräsident von Hindenburg hat Montag abend um 9.30 Uhr nach Verabschiedung von Landrat Kleine (Kölnberg) und Bürgermeister Dr. Neu die Rückreise nach Berlin angetreten.

Italienische Ehrung für Professor Malmgreen

Rom, 25. Juni. In Anerkennung seines heldenhaften Todes hat die italienische Regierung beschlossen, dem Gedächtnis des bei der „Italia“-Expedition verunglückten Professor Malmgreen die goldene Zivilmedaille zu verleihen und der Mutter des schwedischen Gelehrten eine jährliche Rente von 2000 schwedischen Kronen zu überweisen. Alle Dokumente, die von der Untersuchungskommission über den Verlust des Luftschiffes „Italia“ gesammelt wurden, und die sich auf den heldenhaften Tod Malmgreens beziehen, wurden der Mutter des Forschers überhändigt. Mussolinis empfing die Schwester Malmgreens, die ihm den Dank der Familie aussprach.

Deutscher Reichstag

Berlin, 25. Juni.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Sperrgesetzes für Reichsstaatsbanken über ältere staatliche Renten. Der Rechtsausschuß hat die Vorlage dahin geändert, daß die Vorschriften des Gesetzes nicht gelten sollen für Renten, deren derzeitige Bezugsberechtigte Gemeinde, Staats- oder sonstiger Unterrichts- oder Erziehungsanstalten, Kirchengemeinschaften, Unterstützungsstellen, Waisenhäuser, Krankenhäuser oder ähnliche gemeinnützige Unternehmungen sind.

Reichsjustizminister von Gneppert erklärt: Dieses Gesetz entspricht einer Notwendigkeit, die früher von allen Parteien anerkannt worden ist. Die Erzeugung neuer Volksteile darüber ist beabsichtigt, daß eine ungeheure Aufwertung verläßt wurde für Renten, die auf mittelalterlicher Grundlage beruhen. Es handelt sich um rund 9000 ältere Renten, die einen Aufwand von insgesamt 9 Millionen Mark erfordern. Davon entfallen etwas weniger als 2 Millionen auf Standesherren. Die Regierung könnte es nicht verantworten, wenn vor der in nächster Zeit zu erwartenden gesetzlichen Neuregelung der Materie noch einzelne Reichsstaatsbanken nach dem geltenden Recht entschieden werden, sobald sie von dem neuen Gesetz nicht berührt würden. Darum ist das vorliegende Sperrgesetz eine Notwendigkeit. Im Rechtsausschuß ist nun Abgeordneter Dr. Pfeifer festgesetzt worden, daß ein solches Sperrgesetz keine Verfassungsverletzung darstelle. Das Gesetz hat meines Erachtens keinen verfassungsändernden Charakter.

Abg. von Vindeiner-Wildau (Dn.) führt aus, die preussische Regierung wolle sich hier des Mittels der Reichsstaatsbank bedienen, um sich der Einführung legal eingelegener Verpfändungen zu enthalten. Das Gesetz ist nicht nur verfassungsändernd sondern geradezu verfassungswidrig.

Abg. Dr. Wunderlich (Dpa.) begrüßt den Entschluß der Regierung, den Hauptgegenstand in eine Aufwertungsanleihe umzuwandeln. Im Gegensatz zum Minister halten wir das vorliegende Sperrgesetz für verfassungswidrig.

Abg. Dr. Rahl (Dpa.) widerspricht dem Reichsjustizminister in der Frage der Verfassungsmäßigkeit der Vorlage. Das Sperrgesetz sei tatsächlich verfassungswidrig. Es verstoße gegen die Artikel 109 (Rechtsgleichheit aller Deutschen) und gegen Artikel 106 der Verfassung, daß niemand seinem ordentlichen Richter entsagen werden dürfe. Die generelle Fassung des Gesetzes sei nur eine Verhüllung der Tatsache, daß man damit nur eine Anzahl bestimmter Personen treffen wolle (Lebhaftes Hör! Hör! Hör! rechts).

Abg. Heilmann (Sos.) Das Gesetz ist nach unserer Auffassung nicht verfassungsändernd. Wir finden es unordentlich, wenn die preussische Republik heute noch der Familie der Landgrafen von Hessen eine Jahresrente von 708.000 Mark zahlt. Wenn diese Anwartschaft dem volksparteilichen Antrage entsprechend beseitigt werden kann, dann werden die hessischen Ansprüche bis 60 oder 80 Prozent angesetzt.

Abg. Maslowki (Kom.) meint, die depossidierten Fürsten hätten bei den Deutschnationalen und der Volkspartei billige Anwälte gefunden. Diese Parteien stellen es als moralische Pflicht des Volkes hin, heute noch Renten zu bezahlen, die sich auf den Verkauf der Landesländer und die Entschädigung von Büchsen-Maitressen stützen.

Abg. Dr. Wecht (Wp.) erwidert dem Abg. Heilmann, es sei selber schon zur außerordentlichen Uebung gemacht worden, daß Verfassungswidrigkeiten mit verfassungsändernder Mehrheit beschlossen werden. Eine Verfassungsänderung liegt zweifellos in dem Gesetz.

Abg. Dr. Lohr (Volkrechtsp.) spricht gegen die Vorlage und erklärt, die Entwurf sei zweifellos verfassungswidrig.

Abg. Landsberg (Sos.) meint, der Widerspruch gegen das Sperrgesetz sei nicht zu verstehen bei Abgeordneten, die die Unheilbarkeit des bestehenden Rechtszustandes anerkennen. Wenn das Reichsgericht anderer Ansicht als der Reichstag sei, so kann es das Gesetz für unanfällig erklären.

Abg. Dr. Baas (Dem.) gibt für seine Fraktion die Erklärung ab, die Demokraten ständen das Gesetz als verfassungsändernd an und würden deshalb gegen den Antrag Heilmann stimmen. Sie würden aber auch gegen den Antrag Wunderlich stimmen.

Paragraf 1 der Vorlage wird angenommen mit den Stimmen der Linken gegen die Deutschnationalen und Kinderheiten aus der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei und der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei. Der Antrag Wunderlich (Dpa.) auf Ausschaltung der Schiedsgerichtsoberfahren aus dem Gesetz wird abgelehnt. Paragraf 2 des Gesetzes wird hierauf im Hainmelsprung mit 197 gegen 149 Stimmen angenommen. Der Antrag Heilmann, in der Einleitung die Bemerkung über den verfassungsändernden Charakter des Gesetzes zu streichen, wird im Hainmelsprung mit 189 gegen 171 Stimmen angenommen. Danach ist das Sperrgesetz mit einfacher Mehrheit angenommen. Es folgt nunmehr die dritte Beratung der Vorlage zur Verhängung des Reichsstaatsbankgesetzes.

Abg. Maslowki (Kom.) protestiert gegen die Verbote kommunistischer Zeitungen, die auf das Republikbankgesetz gestützt werden. Unter Verlesung aller Rechtsgrundlagen würden kommunistische Redakteure verhaftet.

Abg. Dr. Gäßbels (NS.) wirft den Deutschnationalen vor, sie hätten erst den Fortbestand des Gesetzes ermöglicht, mit dem die Opposition niederzuknüpfelt werde. Die Abstimmung wird auf Donnerstag vertagt. — Der deutsch-österreichische Handelsvertrag wird ohne Debatte dem handelspolitischen Ausschuß überwiesen, deutsch-schweizerischen Handelsvertrag.

Abg. Dr. Jass (Dpa.) weist darauf hin, daß der handelspolitische Ausschuß die Vorlage abgelehnt habe und beantragt Wiederherstellung der Regierungsvorlage. — Mit der Vorlage wird verbunden die Beratung der Vorlage zur Ausführung der Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz und der vom handelspolitischen Ausschuß empfohlenen Entschlüsse, in der Zollerböhrungen für Schuhe verhandelt werden.

Abg. Feder (NS.) schildert die Notlage der deutschen Schuhindustrie. Da sei es eine nationale Selbstverständlichkeit, die Schuhzölle zu erhöhen.

Abg. Simon-Franken (Sos.) erklärt, die Sozialdemokraten würden dem deutsch-schweizerischen Zusatzabkommen zustimmen, aber die Entschlüsse über die Schuhzölle ablehnen.

Die Aussprache ist damit beendet. Das deutsch-schweizerische Zusatzabkommen wird in 2. und 3. Beratung gegen die Kommunisten angenommen. Die Ausschussentschlüsse für erhöhte Schuhzölle wird gegen Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Angenommen wird in zweiter und dritter Beratung auch der Entwurf über die Ratifikation der internationalen Vereinbarungen über die Ausfuhr von Häuten, Fellen und Knochen in Ausführung der Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz. Die Anträge auf Änderung des Zucker- und Biersteuergesetzes werden dem Steuerausschuß überwiesen, hierauf vertagt sich das Haus am Mittwoch 10 Uhr.

Württembergischer Landtag

Beratungen des Kultetats

Stuttgart, 25. Juni. In der Sitzung des Landtags wurde ein Entwurf des Kultetats der Technischen Hochschule für die Jubiläumsspende beraten. Sodann wird mit der Beratung des Kultetats fortgefahren. Aufgerufen werden die Kap. 39-40 (Evang. und Kath. Kirche). Berichterstatter ist der Abg. Körner.

Abg. Hermann (S.) stellt den Antrag, die Zuschußleistungen des Staates zu dem Gebäudeaufwand der Geistlichen um 70 Prozent des im Jahr 1928 eingegangenen Betrages der Landeskirchensteuer zu kürzen. Der Staat muß möglichst sparen. Württemberg zahlt am meisten an die Kirchen und zwar pro Kopf der Bevölkerung im Jahr 5,94 Mark gegenüber 4,53 in Bayern, 1,84 in Hessen, 2,42 in Thüringen, 1,99 in Baden, 0,82 in Sachsen, 2,17 in Preußen. Weiter beantragt der Redner, bei der evang. wie bei der kath. Kirche die Staatsbeiträge für Kirchen- und Pfarrhausneubauten zu streichen. Außerdem wird beantragt: Das Staatsministerium zu ersuchen, die Verhandlungen mit den Kirchen auf Abjüngung der Verpflichtungen von Gemeinden zu Geld- oder Naturalleistungen an die kirchlichen Besoldungsstellen oder sonstige kirchliche Fonds wieder aufzunehmen und dem Landtag über ihr Ergebnis zu berichten. Unsere Anträge liegen im Interesse der Sanierung der Staatsfinanzen. In der Vorbemerkung betrefft die Kirche soll der Satz: „Das

„Die blonde Bonizetta“

Roman von Leonine von Wintersfeld-Platen

(11. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Und wie hell spiegelte sich die Morgensonne in den Klammern und Himmellern auf dem Kirchdächlein, den er sonst nur als Behälter wußten Durchsichters und unsauberer Geschirrs gekannt. Frische, grüne Tannenzweige staken hinterm Kreuztisch in der Ecke, und auf dem blanken Tisch dampfte die Morgensuppe im Napf.

WIL strich sich über die Stirn. Er wußte nicht, ob er wachte oder träumte.

Ein eigenartliches Geräusch weckte ihn aus seinem Stunnen. Klang das nicht, als ob jemand die Treppe schenerte?

Wem heiligen Hubert! Da lag im Gang die Wagengel in den Rufen und rief die Dielen, daß es nur so klang. Der tolle WIL konnte sich nicht mehr erinnern, wann er das zuletzt gesehen hatte. Und da unten, auf der untersten Stiege — wahrhaftig — das war Bonizetta selber! Mit rotem Gesicht und fliegenden blonden Haaren schenerte sie die Stufen, die zur Küche führten.

„Bonizetta,“ rief er halb erschrocken, halb erfreut, „was machst du denn da? Ist das eine Arbeit für die Gekin von Are?“

Sie hob den Kopf, in dessen Flachschöpfen die Sonne spielte, und ihre Augen flammten.

„Ja, Graf WIL, denn Arbeit hat noch niemals den Menschen geschadet. Aber so im Schmutz und Sufz doch hinzuleben, wie die Grafen von Are — pui — das schadet alle Welt. Seht eure Stiegen und Treppen, Schwellen und Dielen an! Seit Jahren haben die weder Besen noch Wasser gesehen. Wut, daß ihr euch darin habt wohnen können. Zwei Hände breit wäre der Schmutz neben dem Saum des Gewandes der Gräfin von Are, hätte sie sich's einfallen lassen, hier im Festkleid Einzug zu halten.“

Dann schenerte sie weiter und sah nicht mehr auf das bestürzte Gesicht des tollen WIL, der sich leise in den Saal schickte und schweigend seine Morgensuppe kiffelte. —

So gingen Bonizetta die Tage dahin in harter, rastloser Arbeit.

Vom Boden bis zum Keller zog sie schauernd mit Magenweh. Die alte Urkel ließ die Hände überm Kopf zusammen, als sie sich endlich bequem hatte, aufzusehen und das alles sah.

Dann hatte Bonizetta das Schlüsselbund genommen und war von Schranz zu Schranz, von Truhe zu Truhe gegangen. Und zur Urkel, die verstaubt hinterdreingelassen, hatte sie herumzelnend gemeint:

„Kommenden Winter heißt's aber fleißig spinnen und weben. Hier ist ja fast kein einzig heiles Weizenzeug in der ganzen Burg zu finden.“

Über die Gewänder des Ohms und der Huben hatte sie sich hergemacht und genäht und gestrickt und gestickt. Der Ohm, vor dem sie seit dem ersten Abend ein wenig Scheu hegte, war doch besser, als sie gedacht. Gutmütig und freundlich war er am nächsten Morgen auf sie gekommen und hatte ihr die Hände geschüttelt.

„War wohl gestern abend ein wenig wußt, was, Kind? Nun, das machte der Wein. Wir sind nicht so schlimm, als man drunten im Tal von uns spricht. Und wenn die einer was tun will, hier, so soll er meine Häute spären. Hörst, Kleine, wenn du irgend etwas brauchst, dann komm zu mir.“

Da hatte sie sich ein Herz gefaßt und, ihn mit ihrem klaren, grauen Augen fest ansehend, ruhig gesagt:

„Ohm, die Urkel sagt, den Schlüssel zum Weinkelser habt ihr, dieweil er nicht an ihrem Schlüsselbunde ist. Aber was meint ihr, wieviel Wein hier verbraucht wird auf der Burg? Schier 12 Maß den Tag! Das ist zuviel, Ohm. Denkt doch, was die Knechte Euch dabei vertreiben! Denn ihr und die Huben könnt's ja nicht allein schaffen.“

Verlegen frunkte sich der Alte den grauen Bart.

„hm, und was soll nun werden, Bonizetta? Nebens Wein ist's halt schwer Kontrolle führen.“

Ihr braucht mir nur den Schlüssel zu geben, Ohm. Ich werd schon dafür sorgen, daß Ordnung da hineinkommt. Jeden Tag geb ich heraus, was nötig. Dann wird auch nicht mehr abgezapft, als getrunken wird.“

Im stillen aber dachte sie:

„Dann wird nicht mehr getrunken, als ich abzapfe.“

Wie sie da vor ihm stand, bittend, und doch so stolz, daß ihre Bitte fast mehr wie Befehl war, da konnte der

grauhaarige Theoderich, der in seiner Einsamkeit schon lange verlernt, was bössche Sitten und Umgang mit schönen Frauen, ihr nimmer widerstehen und gab ihr zögernd und fast schon den rostigen Weintellerschlüssel.

Die Huben aber hatten ihren Augen nicht getraut und bekamen seit dem Augenblick einen heiligen Respekt vor ihrer Base und rissen sich zusammen und gaben acht auf ihr Wesperes, das sie in der Einsamkeit ohne tadelndes oder anerkennendes Frauentauge zu vernachlässigen angefangen.

Und über all der Arbeit, die sie hier oben gesunden, fand Bonizetta keine Zeit mehr, in Bängen oder Begleichen sich nach dem stillen Kloster da unten zurückzuführen.

Nur wenn aus dem Tal die Feierabendglocken läuteten und sie endlich die fleißigen Hände im Schoß falten durfte — wenn der weiße Mond hell in ihr Kammerfenster schien und ihr Blick beim Klammern ihrer langen, blonden Haare auf das kleine, eisenbeinerne Stundenglas fiel, das ihr Schwester Wendula einst zum Abschied gegeben, in dem der weiße Sand rieselte — unhörbar — aber unaufhörlich leise mahnend — dann nahm ihre Seele Flügel und flog hinab in die rosenumbildeten Tage ihrer Kindheit drunten bei den frommen Frauen zu Mariental. —

Über der Burg aber lastete wie ein drohendes Verhängnis stumm das uneröffnete Vermächtnis der Frau Sabawig . . .

Es war an einem Festtag gewesen, irgendeines heiligen Namenstag, da war Bonizetta in die Burgkapelle gegangen quer über den Hof, um den Altar mit Blumen zu schmücken.

Wie sie da so kniete im Dämmer und durch das Gitter unter sich in der Gruft die schwarzen Särge stehen sah in denen die Grafen und Gräfinnen von Are schliefen stand Kraft plötzlich neben ihr. Mit ausgestrecktem Finger wies er auf einen schwarzen, eisernen Schrein zu Füßen des Altars und sagte leise:

„Da drinnen liegt unser dreier Zukunft und Leben Bonizetta. 's ist das Vermächtnis der Mutter.“

Warum wurde es ihr plötzlich so kalt bei den Worten als griffe jäh eine fremde, harte Hand nach ihrem Herzen? Warum hingen die Blumen mit einmal so weh, und warum flackerte das rote Licht der ewigen Lampe so unruhig? Sie konnte die Augen nicht losreißen von dem unheimlichen Eisenkreuz.

(Fortsetzung folgt.)



Kulturministerium kann die Verwendung etwaiger Erträge von den Zuschüssen aus den genannten Artikeln für andere kirchliche Zwecke genehmigen" gestrichen werden. Was nicht notwendig ist, müsse wieder an den Staat zurückfallen. Die Kirchenleitungen sollten mehr auf die Stimmung im Volk Rücksicht nehmen. Abg. Dr. v. Diebner (Dem.): Ueber die finanzielle Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche sollte eine Verständigung gefunden werden. Dazu bedarf es aber einer rechtlichen Regelung. Dem Jos. Antron über die Ablösung der Geld- und Naturalleistungen der Gemeinden stimmen wir zu, die anderen lehnen wir ab. Abg. Dr. Kaim (Z.) legt gegen die Ausführungen des Abg. Henmann über Bischof Dr. Spöck Beschwerde ein. Der Bischof lehnt es ab, von diesem Haus Beschlüssen über die Ausübung seines Hirtenamtes entgegenzunehmen. Die Rede des Bischofs Dr. Spöck über die Kath. Aktion, wobei er gegen die freien Gewerkschaften und gegen die roten Stellung nahm, wurde von Oberpräsident Dr. Abg. Becker und Hammer (Komm. Ov.) bringen folgende Anträge ein: Der Paragraph 12 Abs. 1-3 des Württ. Gesetzes über die Kirchen vom 3. März 1924 ist zu streichen und der vor dem 3. März 1924 bestandene Rechtszustand wieder herzustellen. In gleicher Weise wie die staatlich anerkannten Landeskirchen wird der Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung, Bezirk Württemberg als Körperschaft öffentlichen Rechts anerkannt und behandelt.

Abg. Körner (SB.) erblickt in der Religion eine Heilskraft, die den Menschen erneuert. Die Kirche erfülle eine leuchtende Kulturfunktion. Sie und die Geistlichen verdienen herzlichen Dank und vollste Anerkennung. Der Abg. Rath (DB.) wandte sich gegen die Jos. Anträge unter Hinweis darauf, daß, nachdem früher der Staat das Kirchengut an sich genommen, er nun auch zu Leistungen an die Kirche verpflichtet sei. Der Abg. Henmann (S.) erklärte, es sei niemand eingeladen im Landtag, dem Bischof Beschlüsse geben zu wollen. Der Bischof sei über kirchliche Fragen hinausgegangen. Seine Partei müsse die Gewerkschaften schützen. Die Ausführungen des Redners erzeugten ziemlich starke Unruhe, namentlich beim Zentrum und der Abg. Kühle wurde zur Ordnung gerufen. Der Abg. Gengler (Z.) erhob gleichfalls scharfen Widerspruch gegen die Anträge auf den Bischof. Dr. Basille wünschte, daß man der Regierung die Wahl des Zeitpunktes überlasse, wann sie die Verhandlungen über die Ablösung der Geld- und Naturalleistungen wieder aufnimmt. Der auf diese Frage sich beziehende Antrag wurde angenommen. Alle übrigen Anträge wurden abgelehnt und die Kap. 30-35 in der Ausschlußfrage genehmigt. Mittwochs nachmittags Fortsetzung der Beratung.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 26. Juni 1929.

Amthliches. Auf Grund der am 3. Juni und den folgenden Tagen abgehaltenen zweiten Dienstprüfung sind zur Anstellung auf ständigen Lehrstellen 67 Lehrer für besetzt erklärt worden u. a.: F. Uckerle, Otto von Freudenstadt; Kempf, Otto von Altensteig; Künzler, Walter von Unterwiesendorf; Lang, Walter von Nagold; Waser, Adolf von Nagold; Reinhardt, Wilhelm von Pfalzgrafenweiler; Welter, Jakob von Egenhausen.

Nagold, 25. Juni. (Unfall. — Steherei.) Nachdem erst vor einigen Tagen der ledige Chr. Dürr aus Altensteig bei Reparaturarbeiten des Elektrizitätswerkes abgestürzt, ist bei solchen Arbeiten des Elektrizitätswerkes schon wieder ein Unfall zu verzeichnen. Gestern morgen wollte der Meister Gottlob Klinger von hier bei der Gärtnerei Keule die Drähte spannen, der Raß gab nach und stürzte um, wobei Klinger Wirbelsäulen- und Lendenquetschungen erlitt und ins Bezirkskrankenhaus geschafft wurde. Sein Befinden gibt zu Besorgnissen keinen Anlaß, auch das Befinden des Dürr hat sich gebessert. — In Oberthalheim kam es vor dem „Engel“ zu einem schweren Zusammenstoß zwischen den Karrenleuten Schießel und Zinslein, wobei Revolver und Messer eine Rolle spielten. Als Zinslein den Revolver ziehen wollte, kam ihm Schießel zuvor und brachte ihm mit seinem Messer durch fünf Stiche schwere Verletzungen bei.

Calw, 25. Juni. (Verkehrsunfälle.) Gestern nachmittags gegen 4 Uhr fuhr der ledige Zimmermann Gebhardt mit seinem Fahrrad in schnellem Tempo die Lange Steige abwärts, konnte einem die Straße aufwärts fahrenden Auto nicht mehr ausweichen und fuhr mit voller Wucht auf das Auto auf. Bei dem Aufprall wurde das Fahrrad stark beschädigt, der Radfahrer schlug mit dem Gesicht gegen eine seitliche Schutzscheibe, welche total zerschmettert wurde, und erlitt hierbei starke Schnittwunden an Hals, Kopf und Gesicht, so daß er ins Krankenhaus aufgenommen werden mußte. — Abends gegen 7 Uhr geriet in der Altburger Straße in dem Augenblick, als ein Kraftwagen vorbeifuhr, das Schindchen des Fabrikarbeiters Kenschler in der Haggasse auf bisher ungeklärte Weise so unglücklich unter den Wagen, daß dem Knaben ein Fuß am Knöchel abgedrückt wurde.

Unterreichenbach, 24. Juni. (Bezirksfeuerwehrtag.) Der 22., 23. und 24. Juni waren für unseren Ort Festtage. Die freie Feuerwehr feierte Fahnennweihe. In Verbindung damit wurde die 4. Bezirksversammlung des Bezirksfeuerwehrverbandes abgehalten. Unterreichenbach, an sich schon ein liebliches Bild in wundervollem Rahmen, hatte sich noch besonders herausgeputzt. Der Himmel zeigte wenigstens zeitweise ein heiteres Auge. Am Samstagabend war im überfüllten Säulensaal Festabend. Der Sonntagmorgen brachte das übliche Baden und sah die Feuerwehr beim Gottesdienst. Bald halte unser Tal wieder von den Wärdchen der eintreffenden fremden Feuerwehrkapellen. Am 10. Uhr fand die Sitzung des Verbandes statt. Bezirksfeuerwehrinspektor Oberamtsbaumeister Niederer-Calw führte den Vorsitz. Anwesend waren die Kommandanten der Wehren, der Vorstand des Oberamts Calw und eine Anzahl Schultheißen. Außer einer gehörigen Anzahl Gemeindevorstände des Oberamts dem Verband an. 46 Vertreter von 52 waren erschienen. Der Vorsitzende konnte mit großer Befriedigung feststellen, daß sich der Verband sehr schön entwickele, und daß es seiner Tätigkeit gelinge, die einzelnen Feuerwehren immer besser zu organisieren und neuzeitlicher auszurüsten. Den Kassenbericht erstattete Kommandant Wöchele-Calw. Auch er berichtete Erfreuliches. Der Verband kann daran denken, Führerkurse unter Leitung von Spezialisten (Berufsfeuerwehr

Stuttgart) abzuhalten. Es erfolgte dann die Wahlen zum Ausschuss, die rasch und ziemlich einheitlich erledigt wurden. Nächster Ort der Tagung ist Neumünster, Anträge und Wünsche wurden nicht laut. Der Vorsitzende erwähnte noch zur Einhaltung der Uebungsvorschriften und der vorgeschriebenen Kommandos. Nach einigen Begrüßungsworten des Schultheißen Rath und einigen Ausführungen des Landrates konnte die Sitzung geschlossen werden. Es folgte eine Feuerwehrrückführung der Unterreichenbacher Wehr, wobei auch die Motorspritzen von Calw und Pforzheim mitwirkten. Daß Pforzheim, dessen Wagen allgemein bewundert wurde, mitwirkte, hat große Befriedigung hervorgerufen. Nachmittags war Festzug und daran anschließend auf dem Festplatz die eigentliche Fahnennweihe.

Wildbad, 23. Juni. In diesen Tagen bietet unser Alpinum (in den referierten Kuranlagen hinter dem Kurpaalgebäude) eine Sehenswürdigkeit besonderer Art: Der gelbe Enzian (*Geniana lutea*) steht in Blüte. Schon an und für sich macht die auf Triften, Matten und Felsen im Alpengebiet heimische, als „Präalpin“ bezeichnete Gebirgsblume einen stattlichen Eindruck: große, bläulich bedufete, eiförmige Blätter am Grunde; ein fenziger aufsteigender Stengel von 1-1½ Meter Höhe mit kleineren, kreuzgegenständigen Blättern, und in diesen schließlich die oft überquellend reichblütigen Schalenkörbe großer, goldgelber Blüten mit tiefgeteilter Krone und seitlich gestülptem Kelch. Der mit gespeichertem Zucker und bitteren Stoffen erfüllte, umfangreich angeblühter Wurzelstock lockt den „Wurzeljäger“, der ihn zur Bereitung des Enzianbranntweins (des Enzlers oder Enzigs der Kempter) benötigt oder in Apotheken liefert. Von solchen Wurzeljägern ist der gelbe Enzian im letzten Jahrhundert in unserer engeren Heimat ausgerottet worden. Denn Gemelin schreibt 1806, daß er im Schwarzwald nordwärts bis Herrensheim, Kallendronn und Wildbad vorkomme; 1818 führte ihn Justus Kerner in seiner Wildbadbeschreibung auf und 1821 berichtet Max Schmolzer in seiner Simmersfelder Chronik: „Am Wege, der vom badischen Jägerhaus (Kallendronn) zu der Moorfläse (um den Wildsee) führt, findet man *Geniana lutea*, aus dessen Wurzeln ein ehemaliger Wirt auf dem badischen Jägerhaus viel Branntwein fabrizierte.“ Ja, noch 1860 erwähnt der Wildbadführer von C. A. Sonnenwald ein Vorkommen des gelben Enzians auf dem Hochlopf. In neuerer Zeit ist er bei uns verschollen. Es erging ihm hier wie auf der Hochfläse vom Kniebis bis zur Hornsgrunde: er fiel den Wurzelgräbern zum Opfer — dasselbe Schicksal, das die stattliche Pflanze auch auf ihrer nördlichsten Vorkommenstellung um Jurecht in Thüringen ereilt hat. So mutet uns das diesjährige Vorkommen des gelben Enzians in unserem Alpinum als die Auferstehung eines vor Zeiten nicht selten vorkommenden, aber durch menschliche Kurzsichtigkeit ausgerotteten Vertreters unserer heimatischen Pflanzenwelt an.

Stuttgart, 26. Juni. (Um den Landesfinanzamtspräsidenten.) Vor wenigen Tagen wurde die Meldung verbreitet, gleich darauf aber wieder dementiert, daß der Vorgänger des heutigen Reichsfinanzministers Dr. Hilferding, der jetzige Reichstagsabgeordnete des Zentrums, Dr. Köhler, Bewerber um die freigewordene Präsidentenstelle des Württ. Landesfinanzamts in Stuttgart sei. Wie das Deutsche Volksblatt aus Berlin erfährt, kommt als ersichtlicher Bewerber um die Präsidentenstelle beim Landesfinanzamt in Stuttgart der sozialdemokratische Reichs- und Landtagsabgeordnete Keil in Betracht. Bei den gegenwärtigen politischen Zusammenhängen und angesichts der Tatsache, daß der jetzige Reichsfinanzminister der Sozialdemokratie angehört, sei diese Kandidatur als sehr aussichtsreich anzusehen. Es komme hinzu, daß die sozialdemokratische Partei einen Posten ähnlicher Art in Württemberg nicht innehat.

Eigenartiger Unfall. Ein eigenartiger Unfall ereignete sich in einem Hause der Augustenstraße. Eine im 3. Stock wohnende Frau wollte vom Hof ein Gemüseföhrchen heraufziehen. Hierbei stürzte ein auf dem Fenster Sims angelegter Hosenbecher in die Tiefe und traf die untenstehende, 60 Jahre alte Gemüsefrau auf den Kopf. Sie trug einen schweren Schädelbruch davon, an dessen Folgen sie starb.

Leonberg, 25. Juni. (Schwerer Unfall.) Am Dienstag vormittag ereignete sich auf der Straße Solitude-Leonberg ein schwerer Autounfall. Ein älterer Wagen sollte erprobt werden und fuhr mit großer Geschwindigkeit in die gefährliche Kurve, wurde aus der Fahrbahn geschleudert und fast gänzlich zerschmettert. Während der Mitfahrer mit leichten Verletzungen davonkam, erlitt der Fahrer außer mehreren Arm- und Beinbrüchen schwere Kopf- und Brustverletzungen. Die Verletzten wurden ins Leonberger Krankenhaus gebracht.

Baihingen a. G., 25. Juni. (Schwerer Motorradunfall.) Am Montag fuhr auf seinem Motorrad ein Arbeiter mit Tochter und Schwager aus Mühlhingen in voller Fahrt in einen Personenvagen. Der Arbeiter und seine Tochter wurden über das Auto hinweggeschleudert und blieben bewußtlos liegen. Der Schwager kam mit leichten Wunden in die Windschutzscheibe, schlug diese durch und wurde dann ebenfalls auf die Straße geworfen. Alle drei wurden in schwer verletztem Zustand in das Krankenhaus Baihingen eingeliefert. Das Auto erhielt starke Beschädigungen, konnte aber seine Fahrt fortsetzen. Das Motorrad wurde zerschmettert.

Baihingen a. G., 25. Juni. (Schwerer Unfall.) Am Samstagabend wurde auf der Straße nach Rohweg in der Nähe der Seemühle ein 10jähriger Junge von einem Auto angefahren, wobei er einen nicht unbedenklichen Schädelbruch davontrug.

Baihingen a. G., 25. Juni. (Landesfischereitag.) Am Samstag und Sonntag fand hier der 35. Württ. Landesfischereitag statt. Am Samstag war Begrüßungsabend und am Sonntag Jahreshauptversammlung unter dem Vorsitz des Geh. Kriegsrats Dreiß-Stuttgart. Begrüßungsansprachen hielten Landrat Bögel, Stadtschultheiß Vinkenheil, Fabrikant Ellenberger für den Bezirksfischereiverein und Hauptlehrer Stoß für den deutschen Anglerbund. Dann wurden verschiedene Ehrungen vorgenommen. Der Landesfischereijahrespräsident, Regierungsrat Dr. Smolian, erstattete dann den ausführlichen Jahresbericht für 1928. Der Mitgliederstand betrug Ende 1928 2552 Mitglieder. Oberrechnungsrat Hinderer erstattete dann den Kassenbericht. Der nächstjährige Fischereitag wird in Ulm a. D. abgehalten.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Starke Tote bei einem Feuerschiffbrand. In Sunderland (England) entstand nachts in einem Feuerschiff, in welchem auch Tabakwaren feilgeboten wurden, ein Brand, bei welchem drei Kinder und ein Erwachsener ums Leben kamen.

Großfeuer. In Geroldsbach bei Nürnberg brach nachts in einer Scheune nahe der Bleistiftfabrik Faber ein Feuer aus, das sich mit großer Schnelligkeit ausdehnte und in kurzer Zeit zwei weitere Scheunen, eine Schlachthausanlage und eine Eisfelleranlage einäscherte. Die Faber'sche Bleistiftfabrik war vorübergehend durch das Feuer stark gefährdet. Der Brand war gegen 5 Uhr morgens lokalisiert.

Explosion eines chinesischen Munitionslagers. Wie die Agentur Judo Pacificus aus Hongkong meldet, hat sich in einem Munitionslager in Kanton aus noch unbekannter Ursache eine folgenschwere Explosion ereignet. Die Waffen- und Munitionsvorräte einer Division wurden vollkommen vernichtet. Die Zahl der Verletzten soll 500 übersteigen.

Rundfunk

Donnerstag, 27. Juni: 10.30 bis 13.45 Uhr Schallplattenkonzert, Nachrichten, Wetter, Schallplattenkonzert, Nachrichten, 16.30 Uhr Aus Frankfurt: Nachmittagskonzert, 18 Uhr Zeit, Wetter, 18.15 Uhr Aus Freiburg: Vortrag Graffi; Beatrice und die Liebe Dantes, 18.45 Uhr Konzertvortrag: Neuezeitliche Kramelmitelgewinnung, 19.15 Uhr Vortrag Veitinger: Der Berufskreis des Ingenieurs, 19.45 Uhr Aus Mannheim: Vortrag Ambrosius-Schubert: Köpfe der Gegenwart, 20.15 Uhr Aus Stuttgart: Ein Walzertraum, 22.45 Uhr Aus Freiburg: Tanzmusik, 24 Uhr Nachrichten.

Handel und Verkehr

Getreide

Berliner Produktensörse vom 25. Juni. Weizen märk. 220 bis 221, Roggen märk. 191-193, Futtergerste 176-182, Hafer märk. 178-182, Hafer märk. 178-188, Weizenmehl 26-29.50, Roggenmehl 26.25-28.50, Weizenkleie 12.50-12, Biflorieroblen 40 bis 48, kleine Sojabohnen 29-34, Futtererbsen 21-23. Allgemeine Tendenz: abwärts.

Märkte

Stuttgarter Schlachttiermarkt vom 25. Juni
Zugelassen: 25 Ochsen, 44 Bullen, 399 Junabullen, 343 Jungkinder, 114 Rülbe, 993 Kälber, 2094 Schweine, 7 Schafe, Unverkauft: 30 Bullen, 30 Jungkinder, 91 Schweine.
Ochsen: ausgem. 57-62, vollfl. 46-54.
Bullen: ausgem. 53-55, vollfl. 47-51, fl. 42-44.
Jungkinder: ausgem. 60-63, vollfl. 52-57, fl. 45-49.
Kälber: ausgem. 42-49, vollfl. 32-40, fl. 27-30, ger. 17 bis 20.
Kälber: feinste Rost, 80-83, mittl. 70-78, ger. 57-67.
Schweine: über 200 Pfd. 85-84, von 240-300 Pfd. 84 bis 83, von 200-240 Pfd. 83, von 100-200 Pfd. 82-84, von 120-160 und unter 120 Pfd. 80-82, Sauen 68-64. Verkauf: Grogvieh, Kälber und Schweine mäßig belebt.

Pforzheimer Schlachttiermarkt vom 24. Juni. Aufgetrieben waren 498 Tiere und zwar: 6 Ochsen, 6 Kälbe, 37 Kinder, 19 Ferkel, 7 Kälber, 1 Schaf, 422 Schweine. Marktverlauf: mäßig belebt. Ueberstand: 2 Stück Grogvieh, 14 Schweine. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. Kl. 57-58, 2. 51-55, Ferkel 1. 54, 2. und 3. 52-49, Kälbe 2. und 3. 42-28, Kinder 1. 60-63, 2. 55-58, Kälber 2. 82-85, 3. 76-80, Schweine 2. u. 3. 86-88, 4. 83-96, 7. 74-76.

Calw, 25. Juni. (Wochenmarkt.) Bei dem am letzten Samstag festgefundenen Wochenmarkt wurden folgende Preise bezahlt: Kartoffeln 4.50-5 M; Spinat 30-35 M, gelbe Rüben 20 M, Brodelerbsen 45 M, Mangold 20 M, Tomaten 0.80-1 M, Preßlinge 70-80 M, Kürbisse 40-50 M je das Pfund, Blumenkohl 20-30 M, Salat 10 M, Kohlräbchen 5-12 M, Gurken 30 bis 70 M je das Stück, Tafelbutter 2.30 M, Landbutter 1.90 M, frische Eier 12-13 M.

Vergleichsverfahren

Miquel Garcia, Südrüchthandlung in Heilbronn.

Letzte Nachrichten

Zwei jugendliche Brandstifter verhaftet

Berlin, 26. Juni. Den Nachforschungen des Brandbezernats ist es gelungen, die Urheber der Dachstuhl- und Kellerbrände zu ermitteln, die im Frühling d. J. im Berliner Westen, zumal Schöneberg, in häufige Aufregung verfielen. Zwei der Brandstifter wurden jetzt verhaftet: Mitglieder einer Verbrecherorganisation von jungen Burschen im Alter zwischen 17 und 19 Jahren. Ihr Führer war ein gewisser Kurze, ein 17jähriger Schlosserlehrling, dem bis jetzt sieben Brandstiftungen nachgewiesen sind. Die Ermittlungen gehen weiter.

Schwere Ausbreitung gegen einen Verkehrshauptmann

Berlin, 26. Juni. Der Fuhrmann Viehle aus der Gerichtstraße, stieg gestern, weil der Verkehrshauptmann an der Ecke Augustburger- und Rinderberger Straße in Berlin ihn zurückhalten wollte, als er bei rotem Licht weiterzufahren versuchte, vom Wagen und fiel mit seinen beiden Begleitern über den Beamten her. Dem Schuttmann wurde der Tischo vom Kopf geschlagen und die Kollinge verletzten ihn durch Faustschläge am Auge. Mit Hilfe des Gummiknüppels mußte der Beamte sich die Angreifer vom Leibe halten. Sie wurden festgesetzt und sehen schwerer Strafe entgegen.

Wetterbericht für Donnerstag

Eine Depression über Skandinavien beeinflusst die Wetterlage. Für Donnerstag ist nur zeitweilig aufheiterndes, aber vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Pant. Druck und Verlag der W. Rieferschen Buchdruckerei, Altensteig.

Beim Arbeitsamt Nagold/Freudenstadt sind an

offenen Stellen

sofort zu befehlen:

- 2 Köchinnen
- 2 Bekkchinnen
- 1 Alleinmädchen, das gut bürgerlich kochen kann nach Nagold
- 5 Mädchen für Küche und Haushalt, die womögl. schon in Stellung waren
- 1 Mädchen für Küche, Kochen und Servieren kann erlernt werden
- 8 Küchenmädchen
- 1 Mädchen im Alter von 15 bis 18 Jahren
- 1 Kochlehrtöchter ohne gegenseit. Entschädigung
- 15 Mädchen für Haus und Landwirtschaft

Bewerberinnen wollen sich melden beim

Arbeitsamt Nagold
Machtstraße 1 Fernruf 209 und 214
Dr. Paul.

Ziehung 8. Juli 1929
Cannstatter Geld-Lotterie
zugunsten des
Braunschweigischen Vereins
1875 Göttingen
s. 1. Preile zusammen RM.
12.500
6.000
5.000
1.000
Focke- und Hauptgewinn
Los 1 M. Porto u. Liste 30 Pf.
extra, empfangen
Eberhard Fötzer, Stuttgart
Friedrichstr. 50, Postsch. 843
sow. d. Staatl. Lotteriede-Inspektion u. bek. Verkaufst.

Hier bei **W. Rieker'sche Buchhandlung**, Inh. E. Laub.

Freundliches
Zimmer
möbliert oder unmöbliert
sofort oder später zu vermieten.
Wer?, sagt die Geschäftsstelle ds. Bls.

Älteres, selbständiges
Mädchen
für den Haushalt, auf 1. oder 15. Juli gesucht.
Gärtnerei Hägele, Calw
Oberweiler.
Wegen Verheiratung meines jetzigen, kann ein

Knecht
sofort oder in 14 Tagen eintreten für Landwirtschaft bei
Abam Großhaus
(Peter Sohn).
Nonnenmiff.
Ein starkes

Läufer-schwein
hat zu verkaufen
Katharine Gänthner.

Mietsverträge
empfiehlt die
W. Rieker'sche Buchhdlg.

Für die Reise
Wanderungen und das Wochenende unerlässlich Chlorodont-Zahnpaste und die bewährte Chlorodont-Zahnbürste mit gelbem Borstensaum zur Reinigung langiger, überhöbter Epidermie in den Zahnrückenräumen und zum Wegputzen der Zähne. Die gelb. Chlorodont-Zahnbürste aus bester Qualität, für Erwachsene 1.25 RM., für Kinder 70 Pf. In Man- uel-grüner Original-Chlorodontpackung in allen Chlorodont-Verkaufsstellen erhältlich.
1929

Zu beziehen durch die **W. Rieker'sche Buchhdlg.**, Altensteig

Cannstatt, 24 Juni 1929.
Tockstraße 77.

Todes-Anzeige.



In tiefer Trauer gebe ich Kenntnis vom Tode meines innigstgeliebten, mir unvergeßlichen Mannes

KARL HORKHEIMER

Die Beerdigung findet am **Donnerstag** nachmittag 3 Uhr in **Altensteig** auf dem **Waldfriedhof** statt.

Frau Alwine Horkheimer
geb. Kaltenbach
mit ihrem Kinde **Jise.**

Am 24. Juni verschied in Stuttgart mein Schwager

Herr Karl Horkheimer

Ich verliere in dem Heimgegangenen einen Mitarbeiter, der mit seltener Treue und unermüdlicher Kraft seine ganze Persönlichkeit in den Dienst meines Unternehmens gestellt hat. Mit seiner reichen, vielseitigen Erfahrung, verbunden mit einem freundlichen, offenen Charakter hinterläßt er nunmehr eine schmerzliche Lücke.

Sein Andenken wird allezeit in Ehren bleiben.

Otto Kaltenbach
Inhaber der Besteckfabrik OKA, Altensteig.

Nachruf!



Gestern nachmittag 1 Uhr ist

Herr August Bellon

Schreiner

unerwartet rasch von seinem langen und schweren Leiden meinem Hause durch Tod entrissen worden. Er war lange Jahre ein treuer und pflichtbewusster Mitarbeiter, welcher stets für das Wohl und Gedeihen meines Hauses befocht war. Ich werde ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Jacob Watz, Möbelfabrik, Altensteig.

Die Beerdigung findet am **Freitag** nachmittag 2 Uhr in **Herrenberg** statt.

Altensteig, den 26. Juni 1929.

Fahrgelegenheit

zur Beerdigung nach **Herrenberg**
Abfahrt **Freitag** mittag 1/2 1 Uhr.
Helle.

Schwarze Futtertasche

Inhalt zwei Brillen **verloren.**
Abzugeben gegen Belohnung „Waldfrieden“.

Danksagung!

Mein Mann Philipp Ottmar, Altensteig, Rosenstr. 185 erlitt einen tödlichen Unfall. Er war Abonnent der Versicherungszeitschrift

„Für Dich“

welche er von der

Buch- und Zeitschriftenhandlung
A. Ackermann, Stuttgart
Gymnasiumstr. 49 B erhielt.

Dieser Tage erhielt ich nun auf Grund des Abonnements der Versicherungszeitschrift durch die Braunschweigische Lebensversicherungsbank die bedingungsgemäße Entschädigung in Höhe von

2500.— Mk.

anstandslos ausbezahlt. Die Firma A. Ackermann in Stuttgart ist mir bei der Regulierung des Unfalles sehr behilflich gewesen, wofür ich ihr auch auf diesem Wege meinen herzlichen Dank ausspreche. Ich kann die Versicherungszeitschrift „Für Dich“ nur bestens empfehlen.

Altensteig, 21. Juni 1929
Friederike Ottmar.

Straßen-Karten

für Kraftfahrzeuge und Radfahrer
vom Schwarzwald
von Süddeutschland
und Deutschland
sowie den
angrenzenden Staaten
sind stets zu haben in der

W. Rieker'schen Buchhandlg., Altensteig

Münchener Telegramm-Zeitung
und
Sport-Telegraf

Der Sport-Telegraf behandelt alle Gebiete des Sports und Turnens in der Heimat und auswärts; er ist das einzige 5-mal wöchentlich erscheinende, auf internationaler Höhe stehende, dabei billigste Sportblatt Süddeutschlands.

Münchener Telegramm-Zeitung und Sport-Telegraf kosten zusammen monatlich RM. 1.50, Einzelnummer 10 Pf.

Erscheint Montag früh, sowie Dienstag, Mittwoch, Donnerst. u. Freitag, Nachmitt.

Abonnements nehmen entgegen alle Postämter, oder die Vertriebsabteilung der „Münchener Telegramm-Zeitung u. Sport-Telegraf“ München, Sendlinger-Strasse 50, Fernruf 926 11.

Probenummern auf Wunsch gratis

